

Nutzen für die eigene Arbeit:

Auch wenn die meisten Kolleginnen und Kollegen viel über die Situation in den bereisten Ländern wussten, wurde plastisch deutlich, wie die Arbeitsbedingungen und die Lage der Geflüchteten vor Ort tatsächlich ist. Der Besuch hat jetzt schon einiges bewirkt:

- Stärkere Vernetzung
- Hintergrundwissen und Sensibilisierung zu Fluchtwegen und Situationen der geflüchteten Menschen
- Eigene Sprachfähigkeit ausbauen
- Nutzen der neuen Kontakte bei der Unterstützungsarbeit

Themen der Weiterarbeit:

Die Reise hat viele Impulse für die weitere Arbeit gegeben. In unterschiedlichen Arbeitskontexten sollen nun notwendige und sinnvolle Anknüpfungspunkte weiterentwickelt werden:

- Ausbau der (transnationalen) Vernetzung
- Austausch und Information über Änderungen der rechtlichen Situation in den Ländern
- Rückführungen und Dublin 2: Wie können wir mit den Kolleginnen und Kollegen zusammenarbeiten?
- Kirchenasyl: Was kann man vom deutschen System lernen? Wie kann man da Netzwerke aufbauen?
- Welche bereits bestehenden Strukturen (z.B. CCME, EURODIAKONIE) kann man nutzen?



Die Teilnehmenden:

Mitarbeitende der Flüchtlingsarbeit: Diakonie Hamburg und Schleswig Holstein, Kirchenkreis Hamburg-Ost und Hamburg-West/Südholstein, diakonische Einrichtungen, Caritas sowie Mitarbeiterinnen aus Flüchtlingseinrichtungen der Diakonie Budapest (Ungarn) und AidRom (Rumänien)

Kontakt

Diakonisches Werk Hamburg
Weltweite Diakonie – Partnerschaftsprogramme
Sangeeta Fager
fager@diakonie-hamburg.de
Königstraße 54
22767 Hamburg

Diakonisches Werk Hamburg
Migrations- und Existenzsicherung
Marjan van Harten
vanharten@diakonie-hamburg.de
Königstraße 54
22767 Hamburg

www.diakonie-hamburg.de

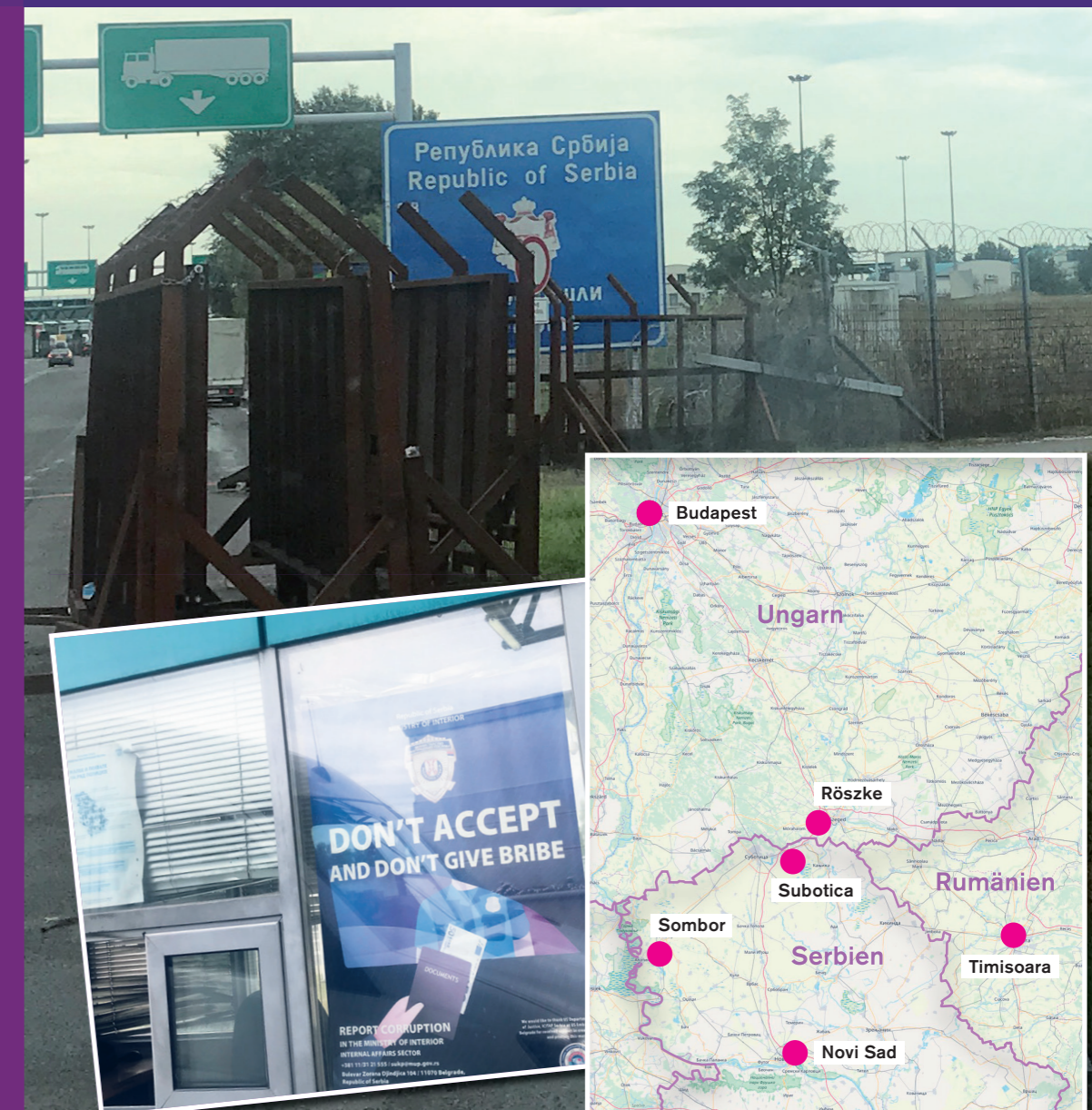


Diakonie ist die soziale Arbeit der evangelischen Kirchen.

Fotos und Text © Birgit Müller, Hintz&Kunzt, Landkarte © Grafikdeerns

Europas Außengrenzen – Wo bleibt die Menschenwürde?

Fachreise: „Flucht entlang der Donau-Route“, 15.-20.9.2019



UNGARN – ABSCHOTTUNG UND AUSGRENZUNG

Zahlen zu Ungarn: 9,778 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, 6.040 Geflüchtete im Land, 608 Asylanträge (2018), Anerkennungs-

Beginn der Reise war Budapest in Ungarn, das Land mit der restriktivsten Flüchtlingspolitik in der EU und Vorreiter für andere Mitgliedsländer. Gespräche mit Nichtregierungsorganisationen wie zum Beispiel dem UNHCR und dem Helsinki Komitee sowie Besuche bei kirchlichen Beratungseinrichtungen haben uns folgendes Bild vermittelt:

Die NGOs (Non-Governmental-Organisation) und ihre Mitarbeitenden sind aufgrund der rechtsnationalen Regierung unter Viktor Orbán unter massivem finanziellem und persönlichem Druck: Es gibt keine Möglichkeit, EU-Gelder für Integrationsarbeit zu beantragen, da die Regierung keine Mittel mehr bei den entsprechenden EU-Fonds abrufen kann. NGOs, die Spenden aus dem Ausland für die Finanzierung von Bildungs- und Lobbyarbeit bekommen, können unter Umständen mit 25 % Steuern belegt werden.

Mit Plakataktionen und in Medien wird Stimmung gegen Geflüchtete und NGO-Mitarbeitende gemacht. Wer Geflüchteten hilft, kann sich strafbar machen und zu einer Gefängnisstrafe von bis zu einem Jahr verurteilt werden.

Die Auswirkungen: Die Zivilgesellschaft schrumpft. Es wird weniger gespendet und die Meinung über Geflüchtete ist schlecht. Der Austausch mit den Partnern machte deutlich, dass die Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten in Budapest höher und die Zahl der Angebote umfassender ist als in ländlichen Gebieten. Doch auch hier wurde deutlich, wie besorgt die Mitarbeitenden der NGOs sind: Wie geht es mit der Unterstützung weiter? Wie geht es für sie persönlich weiter? Wie sollen sie mit den Anfeindungen umgehen? Und welche Angebote sind noch finanzierbar?



Situation der Geflüchteten

Es gibt kaum Möglichkeiten für Geflüchtete, legal ins Land zu kommen und einen Asylantrag zu stellen. Pro Woche dürfen nur zehn Personen von Serbien aus über die Grenze und einen Asylantrag stellen. Die Zustände in beiden Transitlagern sind schlecht, die Wohn- und Aufenthaltsverhältnisse sind sehr beengt. Früher hatten Mitarbeitende von NGOs noch Zugang zu den Flüchtlingszentren. Jetzt ist der Zugang selbst für Rechtsbeistände erschwert. Immer wieder gab und gibt es Beschwerden, dass abgelehnte Asylsuchende in den Flüchtlingszentren kein Essen mehr bekommen. Trotz des Versprechens der ungarischen Regierung, sich an das (erste) Urteil des Menschenrechtsgerichtshofes in Straßburg zu halten und die Menschen weiter zu versorgen, werden immer wieder derartige Fälle bekannt. Den abgelehnten Asylsuchenden wird nahegelegt, das Transitlager Richtung Serbien zu verlassen. Wenn

sie das tun, können sie allerdings nicht zurückkehren und haben auch ihr Recht verwirkt, Einspruch oder Beschwerde in ihrem Verfahren einzulegen.

Die Grenzpolizei begeht bei den sogenannten „Push Backs“ an den EU-Außengrenzen oft massive Menschenrechtsverletzungen: Hunde werden auf Menschen gehetzt; sie werden verprügelt, die Handys werden weggenommen oder zerstört. Inzwischen gibt es Anweisungen, auf nicht-sichtbare Methoden auszuweichen: Den Flüchtlingen werden beispielsweise die Schuhe weggenommen und sie werden irgendwo hinter der Grenze in Serbien ausgesetzt. Serbien ist von Ungarn als sicheres Drittland eingestuft worden (im Rest der EU nicht). Immer wieder wird gegen geltendes EU-Recht verstoßen. Bislang ohne Konsequenzen.

TRANSITLAND SERBIEN

Zahlen zu Serbien: 6,99 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Offizielle Zahl der Geflüchteten: 4.000, hohe Dunkelziffer. 327 Asylanträge (2018), 11 Flüchtlinge wurden mit uneingeschränktem Schutz anerkannt, 13 mit subsidiärem Schutz.

Serbien ist hauptsächlich ein Transitland. Die EU bezahlt zwar für die Transitzentren, aber da Serbien kein EU-Land ist, gibt es auch keinen Anspruch auf Gelder aus dem EU-Integrationsfond. Eine Zivilgesellschaft, die die Flüchtlingsarbeit unterstützt, gibt es (fast) nicht.

Die NGOs sind auf internationale Spenden angewiesen. Die Spendenbereitschaft hat aber deutlich nachgelassen. Die NGOs

beschränken sich deshalb auf die Basisversorgung in den Camps, viele müssen ihre Angebote ganz streichen.

Die Mitarbeitenden der NGOs sind nur unzureichend mit Kolleginnen und Kollegen in den benachbarten Ländern vernetzt und wissen auch wenig, was jenseits der Grenzen passiert.

Situation der Geflüchteten

Serbien ist für die allermeisten Geflüchteten eine Durchgangsstation – Ziel ist West-Europa. Bei der Ankunft werden die Menschen registriert und bekommen einen Listenplatz. Die Liste regelt, wer als nächster seinen Asylantrag in Ungarn stellen kann. Das kann oft Jahre dauern. Viele Geflüchtete versuchen, illegal über die Grenze in die EU zu kommen, auch Geflüchtete mit einem Listenplatz. Für den Fall, dass sie den Grenzübergang nicht schaffen: Die Geflüchteten dürfen 72 Stunden vom Lager abwesend sein, ohne sich neu anmelden zu müssen. Dann beginnt das

Warten von neuem – oder ein weiterer Versuch, über die Grenze zu kommen. Einige NGO-Mitarbeitende berichteten uns von gewaltsamen „Push Backs“, die mit massiver Gewaltanwendung einhergehen.

In den Lagern Subotica und Sombor, die wir besuchten, wirkt die Situation entspannter als vor einigen Monaten, weil derzeit weniger Geflüchtete ankommen und einige bauliche Verbesserungen vorgenommen wurden.



RUMÄNIEN – VOM TRANSITLAND ZUM AUFNAHMELAND?

Zahlen zu Rumänien: 19,53 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, 4.200 Geflüchtete im Land, 2.137 Asylanträge (2018), Anerkannte Asylgesuche: 305, Subsidiärer Schutz: 290.

In Timisoara haben wir die kirchliche Hilfsorganisation AidRom besucht, die sowohl in den staatlichen Transitzentren arbeitet, als auch eigene Unterkünfte und Beratungsstellen betreibt.

Rumänien gilt immer noch als Transitland – auch wenn mehr Menschen tatsächlich bleiben. NGO-Mitarbeitende sind oft frustriert, dass Menschen eigentlich „immer gehen wollen“.

Situation der Geflüchteten

Der rechtliche Rahmen würde eine Integration im Land möglich machen und in Rumänien werden Arbeitskräfte gesucht. Allerdings gelten Aufnahme, Unterbringung und Zugang zu sozialem Recht immer noch als problematisch. Wer Unterstützung beim Asylverfahren hat, hat deutlich bessere Chance: 74 Prozent der anerkannten Asylsuchenden wurden erst in der zweiten Instanz anerkannt.

Auf dem Gelände des Transitlagers besuchten wir auch Europas einziges „Emergency Transit Center“ für Kontingentflüchtlinge im

Resettlement-Programm. Der UNHCR evakuiert hierher besonders schutzwürdige Geflüchtete, die dann in Länder gebracht werden, die sich freiwillig zur Aufnahme bereit erklären.

Die Transitcenter in Rumänien werden von der Polizei geleitet. Derzeit stellen sich die Behörden auf einen Anstieg der Geflüchtetenzahlen ein: Sie bauen ihre Aufnahmekapazitäten aus, die Grenzpolizei rüstet auf. Pro Monat werden rund 300 Geflüchtete beim Versuch, die Grenze zu überqueren, nach Serbien zurückgeschoben.